

T1 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 07.01.2018

Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt
- 3 TOP 3 Wahlen
- 4 TOP 4 Arbeitskreisanerkennung
- 5 TOP 5 Finanzen
- 6 TOP 6 Satzungsänderungsanträge
- 7 TOP 7 Sonstige Anträge
- 8 TOP 8 Basisgruppenanerkennung
- 9 TOP 9 Sonstige Anträge
- 10 TOP 10 Sonstiges

**V1-Ausgearbeitet Prüfantrag Harmonisierung des Mitgliedsalters,
Konzept zur Absenkung potentiell altersdiskriminierender Strukturen**

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Die GJ NRW beauftragt den Landesvorstand in Absprache mit dem
2 Landesschiedsgericht, den anderen 15 Landesvorständen, sowie dem Bundesvorstand
3 ein Konzept zur Harmonisierung des Mitgliedsalters auf den Weg zu bringen,
4 welches eine gemeinsame Regelung nach Möglichkeit beinhalten soll und für alle
5 Seiten zufriedenstellend erscheint.

Begründung

Es erscheint politisch engagierten Menschen nicht vermittelbar, warum sie in manchen Gremien mitarbeiten dürfen, in anderen aber nicht. Spätestens, wenn mit Glieder des Bundesvorstandes nicht in ihrem Landesverband Mitglied werden dürfen oder umgekehrt, wirkt dies doch sehr paradox und ist nur schwerlich begründbar, vom Sinn der Übung ganz zu schweigen.

V2/P3-Beschluss "Rechtsfreier Raum" Hambacher Forst

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 10.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 Der Begriff des rechtsfreien Raums wird medial, politisch und von staatlichen
2 Organen regelmäßig als Mittel politischer und öffentlicher Repression gegen den
3 Braunkohlewiderstand der Waldbesetzung verwendet. Als Unterstützer*innen und
4 Teil des Braunkohlewiderstands setzen wir uns öffentlichkeitswirksam gegen diese
5 Diffamierung der Bewegung ein.

6 Eine Besetzung schafft keinen rechtsfreien Raum, sie schafft Freiräume.

7
8 Protest ist Teil einer demokratischen Gesellschaft. Mit dem Bild des
9 „rechtsfreien Raumes“ wollen die Gegner*innen des Braunkohlewiderstands bewusst
10 vermitteln, im besetzten Waldgebiet würden regelmäßig (schwere) Straftaten
11 begangen. Immer wieder werden die Aktivist*innen als „gewaltbereit“ bezeichnet
12 oder sogar als „Ökoterroristen“, wie von RWE-Chef Rolf Martin Schmitz.

13 In einem rechtsfreien Raum ist es nicht möglich, das Gesetz des Staates, in dem
14 sich das benannte Gebiet befindet, durch die staatlichen Organe geltend zu
15 machen und dieses durchzusetzen. Doch das geht an der Realität vorbei. Auch der
16 Hambacher Wald entzieht sich nicht dem Gewaltmonopol des Staates. Allerdings ist
17 die Polizei als staatliches Organ zur Neutralität verpflichtet und darf nicht
18 einseitig die Interessen von RWE oder anderen vertreten. Sie hat auch die
19 Aufgabe diesem Eindruck entgegen zu wirken.

20 Ein Freiraum ist ein Bereich, in dem Menschen die Möglichkeit haben, die eigene
21 Freiheit soweit zu nutzen, bis die Freiheit des Anderen eingeschränkt wird.

22 Nach unserer Auffassung ist der Begriff des rechtsfreien Raums auf die
23 Waldbesetzung im Hambacher Wald nicht anwendbar.

24 Besetzen wir nicht nur den Wald, sondern besetzen wir auch mutige Positionen in
25 der Politik!

26 Die GRÜNE JUGEND NRW zeigt sich solidarisch mit den Menschen des
27 Braunkohlewiderstands, die den uralten Hambacher Wald vor seiner endgültigen

28 Zerstörung durch RWEs Braunkohletagebau Garzweiler schützen sowie den vielen
29 anderen Menschen des zivilgesellschaftlichen Widerstands, die die Waldbesetzung
30 auf verschiedensten Wegen unterstützen. Der Hambacher Wald ist darüberhinaus ein
31 Symbol für Klimagerechtigkeit und den Erhalt von Dörfern und fruchtbarem
32 Ackerland. Wir werden uns dafür einsetzen, den zivilgesellschaftlichen
33 Widerstand gegen die Braunkohle auch weiterhin lautstark in die Politik zu
34 bringen. Besetzen wir nicht nur den Wald, sondern besetzen wir auch mutige
35 Positionen in der Politik! Der schnellstmögliche Kohleausstieg in NRW ist
36 nötiger denn je.

Begründung

erfolgt mündlich

V3-Beschluss Leistest du noch oder lernst du schon?

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Jahrzehnte war Schulpolitik DAS Thema der politischen Auseinandersetzung. Im
2 Versuch daraus auszubrechen, wurde unter der Federführung von der GRÜNEN
3 Schulministerin Sylvia Löhrmann mit der SPD und der CDU der Schulkonsens
4 ausgehandelt. Der Schulkonsens sollte den Grabenkampf um die beste Schulform
5 beenden und dazu führen, dass Gymnasien, Gesamtschulen und Co. strukturell
6 gleichbehandelt werden.

7 Wir müssen feststellen, dass dieser Konsens nur so lange umgesetzt wurde, wie es
8 eine GRÜNE Schulministerin gab. Auch dadurch, dass nun die FDP das Ministerium
9 führt, hat die Ideologie des Leistungsgedankens Einzug in alle Schulsysteme
10 gehalten. Schwarz-Gelb leitet Schritte ein, die notwendigen
11 gesellschaftspolitischen Aufgaben wie Inklusion und Integration von dem
12 Gymnasium auf die anderen Schulsysteme wie Haupt-, Real-, und Gesamtschulen zu
13 delegieren.

14 Schwarz-Gelb hat den Schulkonsens durch Regierungshandeln faktisch aufgekündigt.

15 Schwarz-Gelb sieht in Inklusion und Integration offenkundig eine Bürde, die dem
16 Leistungsgedanken entgegensteht. Diesem Denken stellen wir uns als GRÜNE JUGEND
17 entgegen- Inklusion ist und bleibt ein Menschenrecht. Ein Menschenrecht kann man
18 weder revidieren noch aussetzen.

19 Nur aus dem gemeinsamen Handeln und Gestalten einer Gesellschaft kann Zukunft
20 entstehen. Unterschiede in einer Gruppe machen nicht schwach, sondern stark.
21 Auch bei der Mittelverteilung und dem Lehrer*innenschlüssel zieht die
22 Landesregierung die Gymnasien den anderen Schulen vor. Die Landesregierung geht
23 sogar noch weiter und realisiert sogenannte „Talentschulen“. Damit schafft sie
24 eine Ungleichheit in der Finanzierung. Statt auf eine auskömmliche
25 Grundfinanzierung setzt sie auf Leuchtturmpolitik. Das ist nicht gerecht!

26 Es ist jetzt die Aufgabe der GRÜNEN JUGEND der Leistungsideologie von Schwarz-
27 Gelb einen Bildungsgedanken der individuellen Förderung in gemeinschaftlichem
28 Lernen entgegensetzen. Die Ideologie der Leistung ist im Schulsystem tief

29 verwurzelt. Noten, Klassen, Stufen und Schulformen sind die systemischen
30 Ergebnisse, die seit dem 19. Jahrhundert andauern. Dabei werden Klassen als
31 Kollektiv unterrichtet. Nach wie vor ist darin der Gedanke implementiert, dass
32 Schüler*innen kategorisiert werden können und müssen. Diesen Gedanken finden wir
33 falsch!

34 Die Gesamtschule und die Forderung des längeren gemeinsamen Lernens sind
35 Ergebnisse der Hinterfragung dieses Denkens. Obwohl sie für Schwarz-Gelb
36 offenbar Forderungen des Teufels sind, gehen sie uns nicht weit genug. Sie
37 hinterfragen und lockern das System, bewegen sich aber weitgehend im Denken des
38 19. Jahrhunderts.

39 Bei der Antwort auf die rückwärtsgewandte Leistungsideologie von Schwarz-Gelb
40 müssen wir uns also fragen: Wie kann ein Schulsystem des 21. Jahrhunderts
41 aussehen. Wir wollen die Förderung individualisieren und dabei doch ein Lern-
42 und Lebensgefühl des Gemeinsamen schaffen.

43 Wenn wir die Inklusion konsequent zu Ende denken, dann heißt das ein Ende von
44 Lehrplänen und zentralen Prüfungen- jedoch darf man sich vor diesem Fakt nicht
45 verschließen. Längst ist bewiesen, dass die Fähigkeit in heterogenen Gruppen
46 auszukommen, zu agieren und Konflikte handzuhaben und zu lösen eine der
47 zentralen Schlüsselkompetenzen unseres eigenen Wohlbefindens in der
48 Gesellschaft. Weiter noch: Die OECD-Studie zeigt deutlich, dass das Gefühl von
49 Selbstwirksamkeit und selbstständigem Handeln in unserer Gesellschaft elementar
50 sind. Insbesondere vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaft und
51 Informationsgesellschaft ist es zudem wichtig, dass wir Hilfsmittel und
52 Instrumente kennen und nutzen können, die uns im Rahmen der veränderten,
53 digitalisierten Gesellschaft nützen.

54 Die Frage ist, ob wir uns diesen Schlüsselkompetenzen im Schulsystem weiter
55 verschließen oder endlich zu einem kompetenzorientierten Lernen kommen.

56 Schüler*innen sollen die Freiheit bekommen, autonom ihre Fähigkeiten auszubauen.
57 Jede*r Schüler*in muss endlich die Möglichkeit bekommen, sich in
58 Kompetenzgebieten modulartig unterschiedlich schnell zu bewegen. Hier sind
59 digitale Angebote insbesondere zur Unterstützung der Lehrer*innen hilfreich und
60 notwendig. Bei Nachhilfebedarf kann auf individuelle Förderung nicht verzichten
61 werden. Wir wollen weniger Frontalunterricht, sondern begleitenden Unterricht
62 seitens der Lehrer*innen. Schule hat unserer Meinung nach die Aufgabe,
63 Schüler*innen in ihrer Entwicklung zu kritischen, mündigen, selbstbewussten und
64 selbstbestimmten Bürger*innen zu begleiten und ihnen das Gefühl zu geben, sich
65 in großem und durchaus unübersichtlichem Rahmen frei und kompetent bewegen zu
66 können. Solange das Grundprinzip des kollektiven Unterrichts nicht in Frage
67 gestellt wird, sind Lehrer*innen bei der individuellen Förderung auf sich allein
68 gestellt. Wer aus diesem Dilemma ausbrechen will, muss den Mut haben radikale

69 Fragen zu stellen.

70 Packen wir es an!

Begründung

erfolgt mündlich

**V4-Beschluss Freiheit ist nicht westlich, nicht östlich, sondern universell
- Solidarität mit den Protestierenden im Iran**

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Seit Ende Dezember gehen zahlreiche Menschen im Iran auf die Straße, um gegen
2 das dortige Mullah-Regime zu protestieren. Sie setzen sich für mehr soziale
3 Gerechtigkeit, eine säkulare Republik und ein Ende der Finanzierung von Milizen
4 und Terrororganisationen in anderen Staaten ein. Schon nach wenigen Tagen des
5 Protestes gab es die ersten Toten durch staatliche Repression. Mittlerweile sind
6 über 20 Menschen bei den Protesten ums Leben gekommen, mehrere Tausend
7 Protestierende wurden inhaftiert und viele von ihnen sind Folter ausgesetzt.

8 *Solidarität mit den Opfern des iranischen Regimes - weltweit*

9 Als grenzenlos denkender Verband halten wir dies nicht für einen Konflikt, der
10 nur den Iran betrifft. Menschen, die das iranische Regime für Feinde hält, sind
11 auch in Deutschland von ihm bedroht, so wurden zu Beginn diesen Jahres zehn
12 mutmaßliche Agenten des iranischen Geheimdienstes Vevak aus dem Umfeld der
13 Pasdaran, der iranischen Revolutionsgarde, in Deutschland enttarnt, die Personen
14 und Institutionen ausspioniert haben. Im Auftrag dieses Geheimdienstes wurden
15 1992 vier iranisch-kurdische Exilpolitiker in Berlin ermordet. Der iranische
16 Geheimdienst und sein Umfeld war mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in den 90er-
17 Jahren an Anschlägen auf jüdische und israelische Ziele in Argentinien mit über
18 100 Toten verwickelt. Unsere Solidarität gilt allen, die vom iranischen Regime
19 verfolgt werden, ob im Iran, in Deutschland oder weltweit.

20 *Keine Wirtschaftskumpanei mit dem iranischen Regime*

21 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich klar zur Achtung der Menschenrechte im
22 Iran, besonders der Religions- und Versammlungsfreiheit zu bekennen. Die
23 wirtschaftlichen Interessen der deutschen Exportindustrie dürfen kein Vorrang
24 gegenüber den Menschen- und Bürger*innenrechte der Iraner*innen haben. Durch
25 eine starke Verflechtung der iranischen Wirtschaft mit den Pasdaran und wiederum
26 deren herausgehobene Stellung im politischen und wirtschaftlichen System im
27 Iran, profitiert der staatliche Repressionsapparat also unmittelbar von
28 vertieften Wirtschaftsbeziehungen. Des Weiteren fließen ausländische

29 Investitionen in die Finanzierung von Hisbollah und Hamas und in die iranische
30 Beteiligung am Bürgerkrieg in Syrien. Zwar ist die Islamische Republik nach
31 einer Minderheitenmeinung schiitischer Geistlicher islamisch, aber definitiv
32 nicht republikanisch oder gar demokratisch. Die im Westen als Reformer
33 bezeichneten Politiker*innen stehen für eine Kontinuität des theokratischen
34 Systems ohne freie Wahlen, unabhängige Justiz oder demokratische Souveränität
35 des Staatsvolks. Dieses Regime darf nicht aus deutschen Wirtschaftsinteressen
36 heraus stabilisiert werden. Die deutsche Regierung und deutsche Unternehmen
37 stehen in der Verantwortung bei Wirtschaftsbeziehungen auf
38 menschenrechtskonformes Verhalten der Wirtschaftspartner*innen zu achten.

39 *Solidarität mit Israel im Angesicht der iranischen Bedrohung*

40 Unser Bekenntnis zum Existenzrecht Israels heißt auch solidarisch zu sein mit
41 denen, die ein Ende der iranischen Finanzierung von Hisbollah und Hamas fordern,
42 deren in ihren Gründungserklärungen genanntes Ziel es ist, den jüdischen und
43 demokratischen Staat Israel zu vernichten. Antisemitismus und das Ziel der
44 Vernichtung Israels gehören zur Staatsräson der Islamischen Republik, auch
45 deswegen gilt unsere Unterstützung all jenen im Iran, die sich für eine säkulare
46 Republik einsetzen. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, die Worte
47 Angela Merkels "die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin
48 niemals verhandelbar" ernst zu nehmen und die Menschen im Iran zu unterstützen,
49 die ein Ende der Finanzierung von Hamas und Hisbollah fordern und eine
50 Säkularisierung des Staates. Solidarität mit Israel und seinen berechtigten
51 Sicherheitsinteressen widersprechen sich mit dem Hofieren eines Regimes, dass
52 seine Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg nutzt, um eine weitere Front gegen
53 Israel aufzumachen. Zuletzt zeigten dies die Verletzung des israelischen
54 Luftraums durch eine iranische Drohne und die anschließenden militärischen
55 Auseinandersetzungen zwischen israelischem und iranischem sowie syrischem
56 Militär am 10. Februar diesen Jahres.

57 *Solidarität mit den unterdrückten Frauen* und verfolgten Minderheiten*

58 Als feministischer Jugendverband solidarisieren wir uns mit den Iranerinnen*,
59 die sich für ein Ende des Kopftuchzwanges und aller anderen sexistischen
60 Repression in der iranischen Theokratie einsetzen. Wir stehen hinter Frauen*,
61 die öffentlich ihr Kopftuch ablegen, um sich dem islamistischen Regime zu
62 widersetzen, und auch hinter denen, die ihr Kopftuch nicht ablegen wollen, sich
63 aber trotzdem mutig öffentlich mit diesen solidarisieren. Auch Homosexuelle
64 werden vom islamistischen Regime verfolgt und zum Tode verurteilt. Seit der
65 Islamischen Revolution sind schon mehrere tausend Menschen dieser Verfolgung zum
66 Opfer gefallen. Auch ethnische und religiöse Minderheiten, wie die Bahai, werden
67 im Iran unterdrückt und verfolgt. Wir fordern ein Ende der Unterdrückung und das
68 Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben für jede*n im Iran, unabhängig
69 von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und Herkunft. Denn Freiheit ist
70

nicht westlich, nicht östlich, sondern universell.

Begründung

erfolgt mündlich

V5-Beschluss Diskussionsplattformen in der GRÜNEN JUGEND NRW

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Die Art und Weise wie die GRÜNE JUGEND Debatten führt hat sich verändert. So
2 waren früher die wichtigsten Diskussionsplattformen Mailinglisten. Heute werden
3 Mailinglisten nur noch sehr selten genutzt – sie gelten inzwischen als veraltet.
4 Grund dafür sind nicht nur die Sozialen Medien, sondern vor allem auch ein
5 anderes Kommunikationsverhalten vieler Neumitglieder.

6 Viele Debatten und Diskussionen verlagerten sich in die Sozialen Medien. In der
7 Vergangenheit sind Debatten dort oft ausgeufert und wurden schnell emotional,
8 sowie persönlich. Das liegt vor allem an der fehlenden Moderation der Debatten.

9 Als GRÜNE JUGEND NRW wissen wir jedoch, dass sachliche und konstruktive
10 Diskussionen und Debatten die GRÜNE JUGEND als solche bereichern. Aus diesem
11 Grund muss sich auch die GRÜNE JUGEND NRW verändern und Möglichkeiten finden,
12 wie Diskussionen und Debatten geführt werden können.

13 Der Landesvorstand wird deshalb gemeinsam mit interessierten Mitgliedern das
14 Diskussionsverhalten der GRÜNEN JUGEND NRW analysieren. Dabei sind vor allem die
15 Arbeitskreise mit einzubeziehen. Im Anschluss daran soll ein Konzept mit dem
16 Ziel entwickelt werden, Diskussionsplattformen in der GRÜNEN JUGEND NRW
17 aufzubauen. Dabei können auch neue, digitale Lösungen eine Rolle spielen.

V6-Beschluss GRÜNE JUGEND NRW unterstützt Stellungnahme der Landeskoordination campus:grün zum hochschulpolitischen Eckpunktepapier der Landesregierung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Die GRÜNE JUGEND NRW unterstützt die Stellungnahme der Landeskoordination
2 campus:grün NRW zum hochschulpolitischen Eckpunktepapier der Landesregierung vom
3 Februar 2018.

Begründung

Die Landeskonferenz von campus:grün NRW hat im Februar 2018 eine Stellungnahme zum hochschulpolitischen Eckpunktepapier der Landesregierung verfasst. Die Stellungnahme soll -mit Hilfe dieses Antrages- durch die GRÜNE JUGEND NRW politisch unterstützt werden.

Sie lautet, wie folgt:

Rolle rückwärts - Das neue Studierendengängelungsgesetz

Die NRW Landesregierung aus CDU und FDP hat ihre Pläne zur Änderung des Hochschulgesetzes in einem Eckpunktepapier vorgelegt. Das Wissenschaftsministerium unter der Ministerin Pfeiffer-Poensgen hat vor, durch Änderungen und vor allem Streichungen aus dem Hochschulzukunftsgesetz der letzten Landesregierung von SPD und GRÜNEN ein neues "Hochschulfreiheitsgesetz" zu machen.

Doch schaut man sich die Eckpunkte einmal an, so verdient dieser Plan weder den Titel "Freiheit", noch ist daran irgendetwas "neu". Vielmehr handelt es sich um ein Studierendengängelungsgesetz. Die Ideen von CDU und FDP entpuppen sich als eine Bevormundung von Studierenden, einen Abbau akademischer Demokratie und einen Rückzug der Landesregierung aus der hochschulpolitischen Verantwortung für NRW. Diejenigen, die davon profitieren, sind Professor*innen, Rektorate und die nach wie vor undemokratischen Hochschulräte, die gegenüber Studierenden und Angestellten der Hochschule ohnehin am längeren Hebel sitzen.

Wir grünen und grün-alternativen Hochschulgruppen in NRW lehnen diese Rückschritte strikt ab. Wir

appellieren an die Verantwortlichen in Wissenschafts- und Hochschulpolitik endlich in einen offenen Dialog mit allen(!) Beteiligten, insbesondere den Studierenden, zu treten, um zu erfahren, wo tatsächlich Probleme an den Hochschulen bestehen und wie man diese bestmöglich und im Sinne aller lösen kann.

Leistungsdruck statt guter Lehre

Die Landesregierung plant die Studierenden in Verträge mit den Hochschulen über den eigenen Studienverlauf zu zwingen. Läuft das Studium dann nicht so, wie anfangs geplant, bekommt man nicht nur Stress und finanzielle Probleme, sondern wird auch noch vertragsbrüchig. Das verstärkt die Tendenz von Bologna noch mehr: „Nicht für dein Leben, für die Uni lernst du!“ Aus der Verpflichtung der Hochschulen, gute Lernbedingungen anbieten zu müssen, wird also die Verpflichtung für Studierende, Lernleistungen abzuliefern. Das widerspricht der Studienfreiheit, schränkt jede individuelle Entfaltung im Studium massiv ein und würgt kritisches und kreatives Denken ab.

Anwesenheitszwang als Selbstzweck

Das Verbot der allgemeinen Anwesenheitspflicht durch das letzte Hochschulgesetz war einer der größten Erfolge studentischer Hochschulpolitik, denn der alte Präsenzzwang hat vielen Studierenden große Probleme bereitet. Nicht alle Studierenden können garantieren, immer im Seminar zu sitzen, beispielsweise weil sie auf einen Job angewiesen sind, Kinder oder Angehörige betreuen oder eine chronische Erkrankung haben. Hinzu kommt, dass man vielleicht physische Präsenz erzwingen kann, geistige Anwesenheit aber eben nicht. Eine Anwesenheitspflicht ist also, bis auf eng begrenzte, bereits bestehende Ausnahmen, ein prinzipiell sinnloser Eingriff in das selbstbestimmte Studium. Mit diesen veralteten Methoden wird lediglich eine schlechte Didaktik kaschiert und die Möglichkeit verpasst, die längst überfällige Digitalisierung der Lehre voranzutreiben. Fachlich und persönlich bereichernde Seminare werden auch weiterhin besucht, denn auch Studierende wissen sehr gut, was ihnen hilft und was nicht.

Demokratie- statt Bürokratieabbau

Ebenfalls gestrichen werden soll die Gruppenparität, also das Stimmgleichgewicht zwischen Studierenden, Professor*innen, wissenschaftlichen sowie verwaltungstechnischen Mitarbeiter*innen in den Gremien der Hochschule. Die Befugnisse des demokratisch kaum legitimierten Hochschulrates werden hingegen ausgeweitet gegenüber denen des Senats als eigentlich höchstem Gremium.

Beides ist ein klarer Angriff auf die demokratische Entscheidungsfindung der Hochschulen. Anstatt Bürokratie im akademischen Alltag abzubauen, wird die akademische Demokratie zum Bremsklotz des Management gebrandmarkt und bestmöglich beseitigt. Man konzentriert die Entscheidungen an der Spitze und verringert die Möglichkeiten der Beratung und Einflussnahme immer weiter. So wird man lästige Kritik schnell los, Studierende aber auch wissenschaftliche und verwaltungstechnische Angestellte bleiben außen vor.

Studentische Mitbestimmung unerwünscht

Nicht nur in den zentralen Gremien möchte man sich die Studierenden vom Hals halten, auch die verpflichtende Einrichtung der studentisch geprägten Studienbeiräte und der*des Beauftragten für die Belange

der studentischen Hilfskräfte sollen abgeschafft werden.

Die Studienbeiräte stellen die einzige reelle Chance von Studierenden dar, echten Einfluss auf die Gestaltung des eigenen Faches zu nehmen. Die SHK-Beauftragten werden sogar als „Fremdkörper“ in der Personalvertretung diffamiert.

Wir sehen die Vertretung der Interessen von Studierenden nicht als „Fremdkörper“ in den Hochschulen sondern verlangen echte Mitbestimmung. Das bedeutet für uns: Echte Betriebsräte für studentische Hilfskräfte, ein studentisches Vetorecht bei der Abschaffung von Studiengängen und die Gruppenparität in allen Gremien, auch auf Fächerebene.

Soziale Verantwortung wird zum Lippenbekenntnis

Hochschulen haben eine Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft. Das Hochschulzukunftsgesetz zollt dem Rechnung, indem es die Hochschulen verpflichtet eine Friedensklausel zu erlassen. Es soll garantiert werden, dass an den Hochschulen in NRW nur zu nachhaltigen und friedlichen Zwecken geforscht wird. Die jetzige Landesregierung hält diese Verpflichtung für überflüssig und will sie daher abschaffen.

Das heißt nichts anderes, als die Möglichkeit an Waffen und Kriegstechniken forschen zu dürfen und dafür staatlich finanzierte Infrastruktur an den Hochschulen zu nutzen. Wenn der Staat nicht mehr bereit ist, seine eigenen Hochschulen ausreichend zu finanzieren, halten es einige für angebracht, dieses Geld von der Industrie zu nehmen, ganz gleich, was diese erforschen will.

Wir grünen und grün-alternativen Hochschulgruppen fordern eine verbindliche Zivilklausel, Transparenz und Verantwortung für alle staatlichen Hochschulen in NRW, denn wir forschen nicht für den Krieg, sondern für die Zukunft.

Gute Arbeit wird optional

Immer mehr junge Wissenschaftler*innen arbeiten in prekären, unwürdigen Bedingungen. Um klare Spielregeln für alle Beteiligten an den Hochschulen zu setzen, gibt es den Rahmenkodex für gute Beschäftigung. Auch den will die Landesregierung streichen.

Wir halten gute Arbeitsbedingungen nicht für unnötige Bürokratie, sondern für ein Recht aller an Hochschulen Beschäftigten und wir verlangen, den Schutz der Interessen und Rechte von wissenschaftlichen Angestellten. Aus dem Traumjob Wissenschaft darf kein Arbeitsalptraum werden.

Wir, die grünen und grün-alternativen Hochschulgruppen in NRW, fordern die Verantwortlichen in Wissenschafts- und Hochschulpolitik auf, die vorliegenden Änderungen vollständig zu überdenken und neue Vorschläge zu entwickeln, die die tatsächlichen Probleme angehen. Alle Hochschulangehörigen, von Professor*innen bis zu Studierenden, müssen ernst genommen werden, damit sich die Wissenschaft nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft bewegt. Für eine progressive, verantwortliche und erfolgreiche Lehre und Forschung und ein selbstbestimmtes Studium in NRW!

V7-Ausgearbeitet Weniger Palmöl, mehr Wälder

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, dass an jeder Veranstaltung der
- 2 Grünen Jugend NRW auf Palmöl haltige Lebensmittel verzichtet wird.

Begründung

In Zeiten wo wir um jedes Stück Wald kämpfen, dürfen wir nicht vergessen was mit den Regenwäldern von Indonesien passiert. Allein nur durch unseren übertriebene verzehr von Palmöl werden hunderte von Hektar Wald zerstört.

Bericht von Greenpeace:

PALMÖL-BOOM BEDROHT INDONESIAENS ARTENVIELFALT

RAUBBAU FÜR PALMÖL

Indonesiens Regenwälder sind in Gefahr! Für die Produktion von Palmöl werden riesige Regenwaldgebiete zerstört und der Klimawandel angeheizt.

WALD STATT BRAND!

Von Natur aus entfachen sich in den Regenwäldern Indonesiens keine Waldbrände. Dennoch wird das Inselreich Jahr für Jahr von verheerenden Feuern geplagt. Der Grund: die Gier nach

Millionen Hektar verbranntes Land, gigantische Mengen klimaschädliches CO₂, die in die Atmosphäre entweichen: Die Waldbrände in Indonesien sind eine Umweltkrise ohne absehbares Ende. Der Rauch macht Menschen und Tiere krank, und nimmt ihnen die Luft zum Atmen. Jahr für Jahr legen sich giftige Schleier über den Inselstaat. Verantwortlich ist vor allem die Palmölindustrie. Deren Geldgeber setzte Greenpeace mit einem Report unter Druck, der nun Folgen trägt: Die Bank HSBC verschärft ihre Richtlinien und will nicht länger mit zerstörerischen Palmölunternehmen zusammenarbeiten.

Die Feuer sind keine natürliche Katastrophe. Über mehrere Jahrzehnte hinweg hat die Plantagen-Industrie

riesige Waldflächen gerodet und Moore trockengelegt, um Palmöl- und Zellstoffplantagen anzulegen. Genau diese Zerstörung hat die Bedingungen für die Waldbrände erst geschaffen. Ein Greenpeace-Report legte offen, dass internationale Banken wie die HSBC, aber auch deutsche Institute wie die Deutsche Bank und die Commerzbank, den Raubbau mit Krediten finanzieren. Und dieser zeigte Wirkung.

Die HSBC hat nach Gesprächen mit Greenpeace und dem öffentlichen Druck der internationalen Palmöl-Kampagne eingelenkt: Die größte europäische Bank sagt zu, Wälder und Torfmoore zerstörende Palmölfirmen nicht länger zu finanzieren. Sie verschärft dafür ihre eigenen Richtlinien für die Zusammenarbeit mit Unternehmen. Ein Durchbruch für den Waldschutz – doch nun muss sichergestellt werden, dass die Worte auch in die Tat umgesetzt werden.

Der erste Härtefall steht diesen Vereinbarungen bevor: Der Konzern POSCO Daewoo plant in Papua Waldzerstörung im großen Stil, [wie Satellitenbilder vermuten lassen](#). Wenn sich das bewahrheitet, darf HSBC dem Unternehmen nicht länger Kredite bewilligen.

V8-Beschluss Keine zentralen Abschiebebehörden in NRW

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Repression und fehlende Rechtsstaatlichkeit zeichnen auch die Asylpolitik der
2 letzten Jahre aus. Über 40 Prozent der Entscheidungen des Bundesamts für
3 Migration und Flüchtlinge werden von Verwaltungsgerichten verworfen. Trotzdem
4 setzt die Politik und insbesondere die schwarz-gelbe Landesregierung darauf,
5 diese oft falschen Entscheidungen möglichst schnell in die Tat umzusetzen und
6 Geflüchtete abzuschicken. Diese Politik sieht es als Problem, nicht als Erfolg,
7 wenn Abschiebezahlen niedrig bleiben. Hier macht sich die Regierung Laschet
8 leider ernsthaft daran, "Nummer eins" zu werden.

9 Ein Instrument dazu sind sogenannte Zentrale Ausländerbehörden (ZAB). Hier wird
10 über Geflüchtete in Landeseinrichtungen nach Aktenlage entschieden.
11 Problematische Entscheidungen setzen die ZABs so schnell um, dass die
12 Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt wird. Statt einer Einzelfallprüfung vor Ort,
13 wird die Abschiebung zentral organisiert. Dazu wird zum Teil mit problematischen
14 Akteuren kooperiert. Auch gibt es aus ZABs Druck auf die kommunalen
15 Ausländerbehörden, mehr abzuschicken. Treffender wäre es also, sie Zentrale
16 Abschiebebehörden zu nennen.

17 Diese Einrichtungen wurden noch von der rot-grünen Landesregierung geschaffen,
18 werden jetzt aber von der Regierung Laschet und Minister Stamp forciert. Sie
19 sollen in jeden Regierungsbezirk einziehen, in Bielefeld, Unna und Köln sind sie
20 schon. In Münster ist es knapp gelungen, dies zu verhindern. Dank einer linken
21 Mehrheit wird dort keine Zentrale Ausländerbehörde eingerichtet werden. Nun wird
22 die Einrichtung einer ZAB in vielen weiteren Orten diskutiert. Es lohnt sich
23 auch dort dagegen zu kämpfen.

24 Wir lehnen Zentrale Ausländerbehörden als Instrument der verstärkten
25 Abschiebep Praxis ohne ausreichende Berücksichtigung der Einzelfälle ab. Wir
26 werden uns vor Ort gegen die Einrichtung solcher Behörden einsetzen und
27 Bündnisse dazu unterstützen. Außerdem fordern wir Grüne auf kommunaler und auf
28 Landesebene auf, mit uns gegen die Einrichtung dieser Behörden zu kämpfen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

V9-Beschluss Änderung des Konzepts zur Einbindung der Arbeitskreise

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Um die Arbeitskreise stärker in die Koordinierung der Bildungsarbeit
2 einzubinden, werden diese in die Auswahl der Workshops auf LMVen eingebunden.
3 Die Auswahl der Workshops erfolgt per Abstimmung. An dieser Abstimmung nehmen
4 jeder Arbeitskreis mit ihren zwei stimmberechtigten Koordinator*innen, sowie die
5 Mitglieder des Landesvorstands teil. Jede stimmberechtigte Person hat maximal so
6 viele Stimmen, wie Workshops zu vergeben sind. Die Workshops mit den meisten
7 Stimmen werden auf der LMV durchgeführt.

8 Bei der Auswahl der Workshops soll darauf geachtet werden, dass jeder
9 Arbeitskreis mindestens einmal im Jahr die Möglichkeit hat, einen Workshop
10 anzubieten. Folgende Fristen sind zu beachten:

11 Bis spätestens **neun Wochen** vor einer LMV muss der Workshop-Vorschlag eingegangen
12 und dem Landesvorstand, sowie den AK-Koordinierenden bekannt gemacht werden.

13 **Acht Wochen** vor der LMV muss die Auswahl der Workshops erfolgt sein.

14 **Sechs Wochen** vor der LMV muss der Workshop fertig geplant sein (Referent*in,
15 Finanzielles). Sollte dies nicht der Fall sein, geht der Workshopslot an den
16 Vorschlag mit den nächst-meisten Stimmen.

17 Ist ein „nachgerückter“ Workshop bis zu **vier Wochen** vor der LMV nicht fertig
18 geplant, geht die Planung dieses Workshops an den Landesvorstand über, mit dem
19 Auftrag sich am geplanten Inhalt des Workshops zu orientieren.

20 Die Arbeitskreise haben die Möglichkeit, Angebote im Freizeitprogramm
21 anzubieten. Zusätzlich ist es wünschenswert, wenn die groben Forderungen des
22 Leitantrags frühzeitig an alle Mitglieder kommuniziert werden.

V10-Beschluss Karneval ohne Pferde

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 11.03.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass die GRÜNE JUGEND NRW sich
2 in der Debatte klar gegen eine künftige Teilnahme von Pferden an Karnevalszügen
3 positioniert.

Begründung

Tierschützer*innen fordern schon seit Jahren, beim alljährlichen Rosenmontagszug auf den Einsatz von Pferden zu verzichten. Einmal aufs Neue wurde diese Forderung, durch die Ereignisse in Köln letzten Monat bestätigt, als zwei Kutschpferde durchgingen und vier Menschen verletzt wurden. Auch in der Vergangenheit ist es bereits des Öfteren zu solchen Zwischenfällen gekommen, wie zum Beispiel beim Rosenmontagszug in Bonn 2017, als neun Menschen verletzt wurden.

Diese und ähnliche Fälle beweisen eindeutig, dass Pferde im Karneval ein Sicherheitsrisiko für den Menschen darstellen. Es handelt sich um Fluchttiere, die auch nach noch so intensivem Training instinktgeleitet sind. Die ständigen Stopps verunsichern die Tiere und machen sie nervös. Im Falle einer Bedrohung versuchen sie zuerst möglichst viel Abstand zwischen sich und die Gefahr zu bringen. Werden Pferde in die Enge getrieben, reagieren sie mit einem Gegenangriff oder gehen durch – wie zuletzt beim Rosenmontagszug in Köln.

Zwar gibt es die sogenannten Gelassenheitsprüfung, die sicherstellen soll das die Pferde charakterlich für den Rosenmontagsumzug geeignet sind, allerdings ist diese nicht verlässlich, da die zugrundeliegenden Kriterien nicht vergleichbar mit den realen Bedingungen des Rosenmontagsumzug sind. So werden die Pferde unter anderem mit Wasser besprüht, ein Regenschirm wird vor ihnen aufgespannt und ein Ballon steigt hinter einer Hecke auf.

Laute Musik, grölende Menschenmassen und fliegende Gegenstände verängstigen und stressen die sensiblen Tiere. Der Einsatz von Pferden beim Rosenmontagszug ist somit nicht artgerecht. Auch werden illegalerweise immer noch Pferde sediert, wie Stichproben im diesjährigen Karneval bewiesen. Die Medikamentisierung von Pferden kann, nicht alleine aus rechtlichen Gründen, keine Lösung das Problem sein.

Bei einem Zug ohne Pferde geht unserer Meinung nach nichts verloren, 2016 zum Beispiel durften aufgrund der Unwetterwarnungen von vorneherein keine Tiere am Zug teilnehmen. Dies tat der Stimmung jedoch keinen Abbruch, schließlich sind das gemeinschaftliche Beisammensein, die Kamellen, die Kostüme, die Musik und natürlich das Kölsch um einiges wichtiger.

Das Wohl von Mensch und Tier muss an erste Stelle stehen und nicht der „Tradition“ wegen vernachlässigt werden. Ein Verbot von Pferden im Rosenmontagsumzug, ist deswegen die einzig logische Konsequenz.